

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/67466/1674885/anreize-gestalten-statt-kaputt-sparen-verbaende-der-bau-und-wohnungswirtschaft-der-deutsche> abgerufen werden.

# Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau

Anreize gestalten statt kaputt sparen

Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft, der Deutsche Mieterbund und die IG BAU warnen vor Kürzungen bei den Zukunftsaufgaben Wohnen und Stadtumbau

02.09.2010 - 10:00 Uhr, Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau

Berlin (ots) - Die Kürzungspläne der Bundesregierung bei der KfW-Förderung und beim Stadtumbau sind kontraproduktiv. Im Vorfeld der Sonderkonferenz der Länderbauminister warnen die Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie der Planer, der Deutsche Mieterbund und die IG Bauen-Agrar-Umwelt vor dem Abbau von Arbeitsplätzen und massiven Steuermindereinnahmen, sollten die drastischen Kürzungspläne umgesetzt werden. Gleichzeitig verweisen die in der Aktion "Impulse für den Wohnungsbau" zusammengeschlossenen Verbände, der Deutsche Mieterbund sowie die IG BAU auf die Herausforderungen Klimaschutz und demografischer Wandel, die ohne entschiedene Weichenstellungen in den betroffenen Bereichen nicht gelöst werden können. Die landesweite Flut der Kritik an den Kürzungsplänen durch kommunale Verantwortungsträger belegt die Sorge der Verbände, dass die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sanierung des Haushaltes die Lösung der Zukunftsaufgaben Wohnen und Stadtumbau gefährden.

Die aktuelle Äußerung aus der Politik, nur in einigen Metropolen in Westdeutschland sei das Wohnungsangebot angespannt, spiegelt die Realität verzerrt wider. Werden die gegenwärtigen Rahmenbedingungen fortgeschrieben oder wie geplant sogar verschlechtert, ist nach einer Studie der Prognos AG bereits in einigen Jahren in weiten Teilen Deutschlands mit einer beträchtlichen Wohnraumlücke zu rechnen. So berechnet auch die überwiegende Mehrheit der wohnungswirtschaftlichen Forschungsinstitute einen Wohnungsneubaubedarf, der 50 bis 100 Prozent über den derzeitigen Fertigstellungszahlen liegt.

Die Aktion "Impulse für den Wohnungsbau" bringt daher als Gestaltungsvorschlag zumindest eine Fortschreibung der bewährten KfW-Förderinstrumente in bisheriger Höhe für Selbstnutzer und alle Investoren, speziell für Investitionen in den Mietwohnungsbau eine Neuregelung bei den Abschreibungssätzen ins Spiel. Zum einen bewirkt eine Erhöhung der AfA einen deutlichen Impuls für den Wohnungsbau und wird für den dringend nötigen Anstieg im Wohnungsneubau sorgen. Zum anderen belegen die Berechnungen verschiedener Institute, dass die "Kosten" erhöhter Abschreibungssätze bei weitem durch zusätzliche Steuereinnahmen aus der erhöhten Bautätigkeit kompensiert werden. Wie Berechnungen des Pestel Instituts im Juni 2010 ergaben, stellt sich dieser positive Effekt schon ab einer Erhöhung des Neubauvolumens um rund 12.100 Wohnungseinheiten ein, wenn nur die Steuermehreinnahmen berücksichtigt werden. Setzt man die Steuermehreinnahmen und die zusätzlichen Sozialabgaben an, ist für einen Ausgleich in den öffentlichen Haushalten nur ein zusätzliches Neubauvolumen von bundesweit 4.600 Wohnungseinheiten erforderlich. Eine aktuelle Umfrage unter den 1.600 Mitgliedern des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen ergab, dass 90 Prozent der Unternehmen bei einer Einführung der degressiven AfA ihre Wohnungsbauaktivitäten ausweiten würden. Die Hochrechnung allein bei den BFW-Mitgliedern lässt einen zusätzlichen Neubau von 35.000 Mietwohnungen erwarten. Selbst wenn dieser Wert nur zur Hälfte erreicht würde, ist das Ergebnis für die öffentlichen Kassen positiv.

Die Kürzungspläne der Bundesregierung, einschließlich der geplanten Einschnitte beim Wohngeld, sind Anlass für die morgige Sonderkonferenz der Länderbauminister. Die Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie der Planer, der Deutsche Mieterbund und die IG BAU erwarten von den Ländern eine klare Positionierung gegen die Sparvorhaben. Mit den Kürzungen der KfW-Programme und der Städtebauförderung wird das Erreichen der Klimaschutzziele infrage gestellt und die barrierearme Wohnung bleibt für viele Senioren ein unerfüllbarer Wunsch. Auf der ökonomischen Seite ist zudem mit neuen Risiken für die Entwicklung der Baukonjunktur, Steuerausfällen und dem Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen. Allein durch die geplante Kürzung bei den CO2-Gebäudesanierungsprogrammen werden nach den Angaben der IG Bauen-Agrar-Umwelt über 100.000 Arbeitsplätze im Handwerk gefährdet. Daher sollten die Städtebauförderung und das CO2-Gebäudesanierungsprogramm ohne Kürzungen zumindest in der bisherigen Höhe weitergeführt werden.

Pressekontakt:

Aktion "Impulse für den Wohnungsbau"  
Christof Fiscoeder  
Weber Shandwick  
Tel.: 030 - 20351-210  
Fax: 030 - 20351-190  
E-Mail: [cfiscoeder@webershandwick.com](mailto:cfiscoeder@webershandwick.com)

Originaltext:

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/67466/deutsche-gesellschaft-fuer-mauerwerksbau>

Pressemappe als RSS:

[http://presseportal.de/rss/pm\\_67466.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_67466.rss2)